

nen. Nach Angaben des Beijinger Bürgermeisters Chen Xitong zählen zu den wichtigsten Reformmaßnahmen die Einrichtung von öffentlichen Wohnungsbaufonds, die Erhöhung der Mieten sowie der Verkauf von Wohnungen im öffentlichen Eigentum.

Bis Ende des Jahres müssen Chen Xitong zufolge alle Einheiten [also staatliche Unternehmen und Verwaltungen], mit Ausnahme solcher, die sich in finanziellen Schwierigkeiten befinden, Wohnungsbaufonds gründen. Zunächst sollen die Mieter 10% ihres Einkommens in den Wohnungsbaufonds zahlen. Diese Kapitaleinlage bleibt Eigentum des Mieters und kann zum Kauf oder zur Sanierung der Wohnung verwendet oder bei Auszug aus der Wohnung an den Mieter zurückgezahlt werden.

Die Reformmaßnahmen sehen vor, daß die Mieten bis 1994 schrittweise auf 0,55 Yuan/m² erhöht werden. Derzeit beträgt die durchschnittliche Miete lediglich 0,20 Yuan/m². Mieter, die überdurchschnittlich viel Wohnraum pro Kopf belegen, sollen entsprechend auch mehr zahlen.

Niedrige Mieten stellten einen zunehmende Belastung für die Stadt Beijing dar. So mußten aus dem Finanzhaushalt der Stadt beispielsweise 380 Mio. Yuan an Subventionen für die Unterhaltung und Reparatur der Wohnungen im städtischen Eigentum aufgebracht werden. [Eine Angabe über den prozentualen Anteil der Subventionen am Gesamthaushalt der Stadt liegt nicht vor] Durch die Anhebung der Mieten und den Verkauf von Wohnungen soll nunmehr der Haushalt entlastet und das Kapital für den Neubau von Wohnraum bereitgestellt werden. Allerdings stellt sich nach chinesischen Einschätzungen die Reform des Wohnungsmarktes in Beijing als schwierig dar, weil die städtische Wohnungsbaubehörde lediglich 16% der Wohnungen bewirtschaftet und die übrigen Wohnungen von verschiedenen Einheiten und Einzelpersonen verwaltet werden.

Mit der Ausweitung der Unternehmensreform wird auch die Notwendigkeit zur Veränderung des Wohnungsmarktes immer stärker. Dies ist auch der Hintergrund für den Aufruf zur

Beschleunigung der Reform des Wohnungsmarktes in den kommenden 12 Monaten, den der Staatsrat [bzw. die für die Reform des Wohnungsmarktes verantwortliche Gruppe unterhalb des Staatsrates] Anfang Juni an alle Lokalregierungen gerichtet hat. Durch die Erhöhung der Mieten soll die Bevölkerung Anreize zum Kauf der Wohnungen erhalten und sollen Mieter zu größer Wohnungen dazu gebracht werden, in kleinere Wohnungen umzuziehen. Die Lokalregierungen wurden eindringlich vor dem illegalen Verkauf von Wohnungen bzw. vor dem Verkauf von Wohnungen zu Schleuderpreisen gewarnt. (XNA, 13.6.92)

Einem Bericht in *China Daily* vom 6.6.92 nach wird die Realisierung der Reform des Wohnungsmarktes/Wohnungsbaus auf nationaler Ebene durch unzureichende Finanzmittel behindert. Zwar betragen die gesamten Investitionen in den Wohnungsbau 29 Mrd. Yuan im letzten Jahr und lagen damit deutlich über den durchschnittlichen jährlichen Investitionen in der Periode 1979-88 von 22 Mrd. Yuan, und auch in diesem Jahr ist ein Investitionsvolumen von rund 30 Mrd. Yuan vorgesehen. Doch sind chinesischen Berechnungen nach zur Erreichung der geplanten Steigerung des Wohnraums um 1,65 Mrd.m² bis zum Jahre 2000 Investitionen von jährlich 49,5 Mrd. Yuan erforderlich. Das Ziel bis zum Jahre 1995 ist die Steigerung des pro-Kopf-Wohnraums von derzeit rund 7 m² auf 7,5 m² und bis zum Jahre 2000 auf 8 m².

Da sich in den nächsten 10 Jahren die städtische Bevölkerung von derzeit rund 210 Mio. auf 352 Mio. Personen erhöhen wird und ein Anteil des bestehenden Wohnraums von 50 Mio. m² sanierungsbedürftig ist, erscheint die Realisierung der vorgesehenen Steigerung des pro-Kopf-Wohnraums besonders schwierig. Bereits im letzten Jahr konnten anstatt der geplanten Erhöhung des Wohnraums um 165 Mio.m² lediglich 110 Mio.m² bereitgestellt werden. -schü-

* (32) Arbeitszeitverkürzung

Für Beschäftigte in staatlichen Unternehmen und öffentlichen Verwaltungen ist eine Verkürzung der Arbeitszeit von derzeit 48 Stunden auf zu-

nächst 44 Stunden und später 40 Stunden vorgesehen. Die noch der Zustimmung des Staatsrates bedürftige Beschlußvorlage des Arbeitsministeriums sieht vor, daß noch in diesem Jahr die 44-Stunden-Woche mit einer vierstündigen Arbeitszeit am Samstag eingeführt wird. (NfA, 26.6.92)

Die Verkürzung der Arbeitszeit für Beschäftigte in staatlichen Unternehmen und öffentlichen Verwaltungen ist einem Bericht in *BRu* 24/1992 nach auch deswegen sinnvoll, weil die Arbeitskräfte zum großen Teil unterbeschäftigt sind. Die *BRu* berichtet über eine Untersuchung in einigen Regierungsabteilungen, in denen die Beschäftigten eine Arbeitszeit von durchschnittlich 2.448 Stunden im Jahr leisten müßten, jedoch tatsächlich nur 1.800 Stunden an ihrem Arbeitsplatz verbringen. Untersuchungen des Gesundheits-Forschungsinstituts der Akademie der Medizinischen Wissenschaften zeigen außerdem, daß die produktive Arbeitszeit eines durchschnittlichen Fabrikarbeiters lediglich 5,26 Stunden bei einer täglichen Arbeitszeit von acht Stunden beträgt. (CD, 13.36.92)

Die *China Daily* vom 13.6.92 berichtet, daß mit Experimenten einer verkürzten Arbeitszeit bereits in einigen Großstädten wie Beijing und Shanghai begonnen worden war. So wurde die Fünf-Tage-Woche im Dezember 1991 in einem Beijinger Unternehmen für Kühlschrankschrankkompressoren eingeführt und soll sich positiv auf die Motivation der Beschäftigten und die Erhöhung der Arbeitseffizienz ausgewirkt haben. Auch die Produktionskosten in Form von Wasser- und Elektrizität, die pro Tag 400.000 Yuan betragen, konnten in dieser Fabrik reduziert werden. -schü-

Taiwan

* (33) Neuer Durchbruch in den Beziehungen mit dem chinesischen Festland

Im Laufe der letzten zwei Monate zeichneten sich einige neue Entwicklungen in den Beziehungen zwischen beiden chinesischen Seiten ab. Zwei

prominente Seniorpolitiker von Taiwan, Zhao Yaodong (Chao Yao-tung, 77) und Wu Dayou (Wu Ta-you, 86), haben im Mai und Juni jeweils einen 26tägigen Besuch auf dem chinesischen Festland gemacht, wobei sie von den führenden Partei- und Regierungspolitikern empfangen wurden. Zhao, der 1981-1984 Wirtschaftsminister und 1984-1988 Vorsitzender des Komitees für wirtschaftliche Planung und Entwicklung unter dem Exekutivvuan (Kabinett) war, bekleidet z.Z. das nominelle Amt eines politischen Beraters im Präsidialamt, und Wu, ein bekannter Physiker, ist Präsident der höchsten akademischen Anstalt der Republik China in Taiwan, der "Academia Senica". Ihre Besuche fielen auf, weil Taipei nach wie vor offizielle direkte Kontakte mit Beijing untersagt. Nominell nahm Zhao als Berater eines Wirtschaftsinstituts "Chung-Hua Institution for Economic Research" an der Reise der "inoffiziellen" Delegation zur Untersuchung der Perspektiven der Wirtschaftsreform und der Investitionschancen auf dem chinesischen Festland teil. Während seines Aufenthaltes vom 12.Mai bis 6.Juni führte er allerdings u.a. auch Gespräche mit Staatspräsident Yang Shangkun und den Vizepräsidenten Wu Xueqian und Zhu Rongji in Beijing. Wu, der vom 14.Mai bis 11. Juni auf dem chinesischen Festland war, nahm u.a. an einer Versammlung chinesischer Physiker aus beiden Seiten der Taiwan-Straße und dem Ausland in Beijing teil, wobei er auch mit Staatspräsident Yang Shangkun, dem Generalsekretär der KPCh Jiang Zemin und Ministerpräsident Li Peng zusammentraf.

Obwohl Zhao und Wu nach der offiziellen Version bei ihren Besuchen in Beijing keine politische Mission hatten, betrachtet man es als einen historischen Durchbruch, daß die Regierung Taipei zum erstmalig persönliche Kontakte mit Beijing auf einer hohen Ebene überhaupt erlaubte. Nach ihrer Rückkehr haben sie auch Präsident Li Denghui (Lee Teng-hui) über ihre Reise berichtet. Öffentlich rühmten sie die Entwicklung auf dem chinesischen Festland auf dem Gebiet der Schwerindustrie, der wissenschaftlichen Forschung und Spitzentechnologie und forderten eine Intensivierung des Kulturaustausches und der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen beiden Seiten. Zhao soll die führenden

Politiker Beijings darum gebeten haben, Taiwan mehr Lebensraum in der internationalen Gesellschaft zu gewähren, d.h. Taipei nicht weltweit politisch zu isolieren. (LHB u. CP, 9. u. 12.6.92; ZYRB, 10. u. 13.6.92; FCJ, 12. u. 16.6.92)

Ebenfalls spektakulär war der neuntägige Besuch einer ersten Delegation von sieben hochkarätigen Naturwissenschaftlern aus dem chinesischen Festland vom 8. bis 16.Juni in Taiwan. Fünf Delegationsteilnehmer sind Mitglieder der KPCh, einer gehört zum Ständigen Ausschuß des Nationalen Komitees der Politischen Konsultativkonferenz des chinesischen Volkes. Bisher war allen Mitgliedern der KPCh sowie allen Amtsträgern des Beijinger Regimes die Einreise in Taiwan streng verboten. Am 15.Juni gab Wu Dayou in seiner Funktion als Präsident der Academia Senica einen großen Empfang für die Delegation, an dem u.a. auch Verteidigungsminister Chen Lian teilnahm. Auf dem Abschiedsbankett der Delegation am 16.Juni erschien auch der Generalsekretär des Präsidialamts, Jiang Yanshi (Tsiang Yien-si). Aber sowohl Chen als auch Jiang erklärten, sie seien nur in ihrer Funktion als Beiratsmitglieder der Academia Senica den Wissenschaftlern aus dem Festland begegnet. (ZYRB, 17.-18.6.92; LHB, 16.-17.6.92)

Kurz nach Abreise der Naturwissenschaftler-Delegation traf eine andere Delegation von fünf Sozialwissenschaftlern der Universität Xiamen (Amoy) am 20.Juni zu einem 10tägigen Besuch in Taiwan ein. Mitte Juli wird eine Delegation von 18 Journalisten aus dem chinesischen Festland einschließlich des Chef- und des stellvertretenden Chefredakteurs der amtlichen Presseagentur Xinhua in Taiwan erwartet. Nach sechsmonatigen Verhandlungen beharrte das Presseamt in Taipei nicht mehr darauf, daß die Journalisten bei ihrem Besuch eine Ausweiskarte der "Republik China" tragen müssen. (LHB, 24.6.92)

Um die Beziehungen beider chinesischen Seiten zu verbessern, schlug der stellvertretende Generalsekretär des Taipeier Präsidialamtes, Qiu Jinyi (Cheyne Chiu), am 10.Mai vor, nach dem Modell des deutsch-deutschen Grundvertrages von 1972 einen chinesisch-chinesischen Nichtangriffspakt zu

unterzeichnen. (LHB u. CP, 11.5.92) Dies lehnte Beijings Staatspräsident Yang Shangkun am 30.Mai ab, weil Beijing im Gegensatz zu Taipei zwei gleichberechtigte chinesische Regierungen nicht akzeptiert und nur Verhandlungen zwischen der KPCh und der Guomindang (Kuomintang) als den zwei Regierungsparteien führen will. (SWB, 5.6.92; LHB, 31.5.92; ZYRB, 1.6.92) Allerdings plant die Führung der KPCh nach einer Meldung der LHB vom 25.Juni aus Beijing, einen für beide Seiten annehmbaren Weg zu finden. Es werde an eine halbamtliche Kommission mit repräsentativen Persönlichkeiten beider Seiten für die Unterzeichnung eines "Waffenstillstands" gedacht.

Zufällig oder nicht hat der ehemalige Direktor der Politabteilung der Streitkräfte Taiwans, General Wang Sheng, bei seinem Besuch in Hongkong im Mai fünf Mitglieder der Beijinger politischen Konsultativkonferenz des Chinesischen Volkes getroffen und sie zum Besuch nach Taiwan eingeladen. General Wang bekleidet z.Z. zwar nur das nominelle Amt eines politischen Beraters des Präsidialamts, hat aber noch viele Anhänger in den Streitkräften, Massenmedien sowie in der Partei. Die Politische Konsultativkonferenz des Chinesischen Volkes ist eine Einheitsfrontorganisation unter der Führung der KPCh. Daher war das Treffen, das erst Mitte Juni bekannt wurde, ebenfalls eine Sensation. Das Präsidialamt gab zwar keinen Kommentar zu dem Vorgang ab, bestätigte aber die vorherige Zustimmung zu General Wangs Hongkong-Reise. (CP, 16.6.92; Xinxinwen, Taipei, 21.-27.6.92, S.28 ff.)

Wirtschaftlich gibt es bislang zwischen beiden Seiten formell ebenfalls nur "indirekte" Verbindungen, d.h. Handel und Investitionen über Dritttorte, vor allem Hongkong. Beijing drängt zwar auf direkte Wirtschaftsverbindungen, lehnt aber aus Bedenken einer Defacto-Anerkennung von zwei chinesischen Regierungen die Forderung Taipeis ab, einen Handelsvertrag zu unterzeichnen. Um mehr Investitionen aus Taiwan anzuziehen, denkt das Ministerium für Außenwirtschaft und Handel in Beijing an einen Kompromiß, nämlich einen Vertrag für Investitionsschutz zwischen den halbamtlichen Kontaktinstitutionen beider Seiten, Haijihui und Haixiehui, zu unterzeichnen. (LHB, 22.6.92)

Den statistischen Angaben des Wirtschaftsministeriums in Taipei zufolge, erreichten die taiwanesischen Investitionen auf dem chinesischen Festland 1990 eine Höhe von 2,1 Mrd.US\$, d.h. den vierten Platz unter den ausländischen Investoren hinter Hongkong mit 24,8 Mrd.US\$, den USA mit 4,4 Mrd.US\$ und Japan mit 3,3 Mrd.US\$. In den ersten drei Monaten d.J. beliefen sie sich auf 320 Mio.US\$ und blieben damit ebenfalls an vierter Stelle hinter Hongkong mit 3,8 Mrd.US\$, Japan mit 1,08 Mrd.US\$ und den USA mit 340 Mio.US\$. Nach offizieller Meinung liegt die tatsächliche Investitionssumme Taiwans noch höher, weil ein Teil der Hongkonger Investitionen auf dem chinesischen Festland Joint Ventures mit taiwanesischen Firmen sei. Nach dem Stand des ersten Quartals d.J. sind auf dem Festland 4.500 oder 15% der insgesamt 30.000 Unternehmen mit ausländischen Investitionen aus Taiwan. Man rechnet damit, daß in zwei bis drei Jahren die taiwanesischen Investitionen auf dem Festland die japanischen übertreffen werden. Ferner ist Taiwans Exportüberschuß im Handel mit dem Festland zwischen 1986 und 1990 von 670 Mio.US\$ auf 2,51 Mrd.US\$ gestiegen. Damit erhöhte sich der Anteil des Exportüberschusses gegenüber dem Festland am Gesamt-handelsüberschuß Taiwans von 4,3% auf 20,1%. (LHB, 18. u. 24.6.92)

Das Komitee für die Angelegenheiten des Festlands unter dem Exekutiv Yuan hat am 22.Juni beschlossen, die Einreisevorschriften für Wissenschaftler sowie die Einführung von Hochtechnologie aus dem chinesischen Festland zu lockern. Die ursprünglich geplante Liberalisierung der Investitionen von Dienstleistungen auf dem chinesischen Festland wurde jedoch "verschoben". Damit wolle das Präsidialamt, so heißt es, die neue "Festland-Euphorie" etwas dämpfen. (LHB, 23.-24.6.92; CP, 24.6.92; ZYRB, 25.6.92; Xinxinwen, Taipei, 28.6.-4.7.92, S.13 ff.) -ni-

*(34)

Dubiose diplomatische Beziehungen mit Niger

Zwischen Taiwan und dem westafrikanischen Land Niger kam es zu einem sehr merkwürdigen diplomatischen Akt. Beide Seiten hatten am 19.Juni in Taipei ein gemeinsames Kommuniqué zur Wiederaufnahme diplomatischer

Beziehungen unterzeichnet. Jedoch nur neun Tage danach wurde aus der nigerischen Hauptstadt Niamey eine einseitige Aufhebung des Vertrages gemeldet. Ministerpräsident Amadou Cheiffou beteuerte Taiwan gegenüber allerdings, daß der Standpunkt seiner Regierung unverändert sei. Jedenfalls sind die neuen diplomatischen Beziehungen plötzlich sehr dubios geworden. (LHB u. CP, 20. u. 29.-30.6.92; ZYRB, 21., 30.6. u. 1.7.92; FCJ, 23.6. u. 2.7.92)

Ursprünglich hatte es zwischen beiden Seiten bereits in der Zeit von 1963 bis 1974 volle diplomatische Beziehungen gegeben. Sie wurden dann infolge der Anerkennung Beijings durch Niamey abgebrochen. Seit 1989 ist Taipeis Kurs bestimmt von "pragmatischer" (wushi) oder "flexibler" (tanxing) Diplomatie, d.h. kein Festhalten mehr am Anspruch auf eine Alleinvertretung für Gesamtchina. Außerdem gewährt es den armen kleinen Staaten großzügige Wirtschaftshilfe für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen. So hat Taiwan vor Niger bereits sieben Länder der dritten Welt auf seine Seite gezogen (Grenada, Liberia, Belize, Lesotho, Guinea-Bissau, Nicaragua und die Zentralafrikanische Republik).

Im Gegensatz zu Taipei hält Beijing nach wie vor am Anspruch auf die Alleinvertretung für Gesamtchina einschließlich Taiwans fest. Jedoch will Beijing aus taktischen Überlegungen die diplomatischen Beziehungen zu einem Land, das die Regierung Taipei anerkennt, nicht mehr wie früher sofort abbrechen. Erst bei der Eröffnung der Botschaft Taipeis wird die Beijings geschlossen. So führen beide Seiten nun auch in Niamey einen diplomatischen Stellungskrieg. Die besonders undurchsichtige Lage dort ist ferner darauf zurückzuführen, daß innerhalb der nigerischen Regierung die neue China- oder Taiwanpolitik noch umstritten ist.

Pressemeldungen zufolge steht der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Taiwan vor allem das nigerische Parlament entgegen. Es hielt dem Ministerpräsidenten in einem Beschluß politische Kurzsichtigkeit und nationale Interessen zu opfern vor. Niger bekommt bislang auch von Beijing großzügige Wirtschaftshilfe. Angeblich ist Niger bei der Unterzeichnung des Kommuniqués zur Aufnahme diploma-

tischer Beziehungen von Taipei noch kein konkretes Angebot über das Wirtschaftshilfenvolumen vorgelegt worden.

Nach dem Parlamentsbeschluß zog die Regierung in einer Erklärung die Anerkennung Taipeis zurück. Auf dem Dokument, das von Hand geschrieben wurde, fehlt allerdings die Unterschrift des zuständigen Politikers. Ministerpräsident Cheiffou hat diesen Vorgang in einem Ferngespräch mit der Taipeier Regierung persönlich dementiert. Daraufhin sind drei Diplomaten aus Taiwan noch am 29.Juni in größter Eile nach Niamey geflogen, mit dem Hausschild der Botschaft der Republik China im Koffer, obwohl die dubiosen diplomatischen Beziehungen noch nicht ganz geklärt sind. Beijing und Taipei werfen sich gegenseitig Gelddiplomatie vor. Zufällig haben die Außenminister beider Seiten den gleichen Familiennamen "Qian" (Geld). -ni-

*(35)

Neues Patentschutz-Abkommen mit den USA

Taiwan hat am 5.Juni ein weiteres Patentschutz- und Copyright-Abkommen mit den USA geschlossen. Überdies hat die Legislative in Taipei ein Copyright-Gesetz verabschiedet.

Das Abkommen zwischen den USA und Taiwan erfolgte nach massivem amerikanischen Druck. Washington hatte mit Handelssanktionen für diesen Herbst gedroht. Für Taiwan sind die USA immer noch wichtigster Markt und Handelspartner. Die Regierung in Taipei war so zum Nachgeben gezwungen. Überdies hat Taiwan damit auch eine Barriere für die GATT-Aufnahme beseitigt.

Die amerikanisch-taiwanische Vereinbarung enthält die Zusage Taiwans, einen von den Justizbehörden unterstützten Kampf gegen Copyright-Verletzer vor allem im Bereich von Computer-Software, Video-Kassetten und Video-Spielen, Halbleitern, Computer-Platten und anderen Bereichen aufzunehmen. Ausländische Hersteller beschwerten sich darüber, daß taiwanesisches Fälschungen auch den Markt in Hongkong und neuerdings der Volksrepublik China überschwemmen. Den Urhebern des Copyrights wird damit das Geschäft verdorben. Dies gilt auch für den Industriedesign-, Textil- und Uhrenbereich.

Ein Problem, das bei den amerikanisch-taiwanesischen Gesprächen behandelt wurde, betraf den juristischen Aspekt. In der Vergangenheit sind Copyright-Piraten kaum bestraft worden. Die USA halten denn auch das neue Copyright-Gesetz in Taiwan für wenig effektiv, da der gesetzlich geregelte Strafkatalog nicht sonderlich abschreckend wirkt. Das jetzige Abkommen sieht einen Zeitrahmen zur Verschärfung des Gesetzes und der darin genannten Strafen vor. Der für die Umsetzung der verschiedenen Maßnahmen ausgehandelte Zeitplan ist sehr strikt: So sollen z.B. ab dem 1.11.92 die Ausfuhren von Computer-Software und Videospiele kontrolliert werden, um Urheberrechtsverletzern auf die Spur zu kommen. Außerdem muß der Legislativ-Yuan (Parlament) bis zum 31.1.93 ein US-taiwanesisches Copyright-Abkommen billigen und ein Gesetz zum Kabelfernsehen verabschieden. Für den Fall der Nichteinhaltung dieses Zeitplans haben sich die USA Gegenmaßnahmen vorbehalten.

Auch die Veränderungen zum Urheberrechtsgesetz, welche der Legislativ-Yuan am 22.5. unter amerikanischem Druck in dritter Lesung verabschiedet hatte, sind in der Bush-Administration nicht auf ungeteilte Zustimmung gestoßen. Die Verfolgung von Urheberrechtsverletzungen sei schwerer geworden, hieß es aus Washington. Demgegenüber stellen taiwanesishe Veröffentlichungen vor allem den strafverschärfenden Charakter des revidierten Gesetzes heraus.

Nach den neuen Regelungen wird die unautorisierte Vervielfältigung eines Werkes, die zum Zwecke des Verkaufs oder des Verleihs erfolgte, mit einer Freiheitsstrafe zwischen sechs Monaten und fünf (bisher höchstens drei) Jahren und einer Geldstrafe von maximal 300.000 Neuen Taiwan-Dollar (NT\$: rd. 20.000 DM) belegt. Wiederholungstäter erhalten Freiheitsstrafen zwischen einem und sieben Jahren (bisher sechs Monate bis fünf Jahre) und Geldstrafen bis zu 450.000 NT\$.

Das Gesetz enthält in seiner Neufassung ferner Verbesserungen des Urheberrechtsschutzes für Ausländer in Taiwan. Dieser Schutz wird automatisch gewährt, wenn ein Werk entweder zuerst in Taiwan oder hier innerhalb von 30 Tagen nach seiner Publikation im Ausland veröffentlicht wurde.

Übersetzungen durch einheimische Verlage bedürfen der Genehmigung des Autors. Eine Erlaubnis durch Filmverleiher benötigen die Betreiber von Kabelfernsehstationen und MTV-Einrichtungen (Movie on TV). Die zeitliche Dauer des Rechtsschutzes wird bei natürlichen Personen auf 50 (bisher 30) Jahre nach ihrem Tod erweitert. Für juristische Personen gelten ebenfalls 50 Jahre nach Veröffentlichung eines Werks. Verletzungen des Copyrights bei Computer-Software sollen in Zukunft besondere Beachtung finden. Verboten ist dann z.B. das illegale Kopieren von Programmen.

Inwieweit das neue Gesetz dazu beiträgt, das Image Taiwans als "Kopierweltmeister" abzubauen, bleibt allerdings abzuwarten. Eines der großen Probleme ist allgemein das Auseinanderklaffen zwischen vorhandenen gesetzlichen Regelungen und ihrer Umsetzung. (HB, 12./13.6.92; NfA, 16.6.92; vgl. FCJ, 12. u. 16.6.92) -ni-

***(36) Marktöffnung für Versicherungen**

In einer überraschenden Kehrtwendung hat die taiwanesishe Regierung beschlossen, den Versicherungsmarkt des Landes doch ausländischen Gesellschaften zu öffnen. Die vom Finanzministerium (MoF) vorgelegten Zulassungskriterien wurden um einen entsprechenden Passus ergänzt.

Dem jetzt vom Kabinett gebilligten Katalog zufolge darf ein ausländisches Unternehmen in jeweils eine neu gegründete taiwanesishe Versicherungsgesellschaft investieren. Die Höhe des Anteils am eingezahlten Kapital wird dabei auf 30% beschränkt. Zudem sollen die ausländischen Investitionen 49% des Gesamtkapitals aller neuen Versicherungsfirmer in Taiwan nicht überschreiten.

Ausländische Unternehmen bekunden schon seit längerem Interesse am taiwanesischen Versicherungsmarkt. Bisher sind vor allem US-amerikanische Gesellschaften auf der Insel vertreten. Sie durften bislang im Gegensatz zu Firmen aus anderen Staaten als einzige Zweigstellen eröffnen. Stark vertreten sind auch Gesellschaften aus Japan. (NfA, 18.5. u. 2.6.92) -ni-

Hongkong und Macau

***(37) Neue Auseinandersetzungen zwischen London und Beijing über die Hongkong-Frage**

Über Hongkong, das gemäß der sino-britischen Vereinbarung von 1984 in fünf Jahren an China zurückgegeben wird, gibt es erneut Auseinandersetzungen zwischen den Regierungen in London und Beijing. Ende Mai hatte der neue Staatsminister des britischen Außenministeriums, Alastair Goodlad, der für die Angelegenheiten Hongkongs zuständig ist, bei seinem Besuch in der Kolonie den liberalen Mitgliedern des Legislativrats von Hongkong versprochen, mit der chinesischen Führung darüber zu diskutieren, die Anzahl derjenigen Sitze im Legislativrat anzuheben, die von den Bürgern direkt gewählt werden. (DGB, 30.5.92) Zur Zeit werden 18 der insgesamt 60 Sitze des Hauses direkt gewählt. Man hofft, daß noch vor der Wende 1997 der Anteil der direkt gewählten Sitze auf 30 angehoben wird. Doch die chinesische Regierung will im Hinblick auf die politische Stabilität nur eine langsame Demokratisierung in Hongkong haben. Da der Ständige Ausschuß des Nationalen Volkskongresses in Beijing am 4. April 1990 eine Quote von 20 Mandaten für den ersten Legislativrat nach der Übernahme Hongkongs beschlossen hat, verlangt die chinesische Seite, diese Grenze bei den letzten parlamentarischen Wahlen 1995 unter der britischen Kolonialregierung auch nicht zu überschreiten. Gemäß dem ebenfalls von dem Ständigen Ausschuß des Nationalen Volkskongresses am 4. April 1990 verabschiedeten Grundgesetz für Hongkong als künftige Sonderverwaltungszone der VR China soll die Zahl der direkt gewählten Mitglieder des Legislativrats 1999 auf 24 und erst im Jahre 2003 auf 30 erhöht werden. (Zum Text des Grundgesetzes in Englisch s. C.a. April 1990, S.293 ff.)

Unmittelbar nach der o.g. Äußerung von Goodlad erklärte der Sprecher des chinesischen Außenministeriums am 30. Mai, daß die Zusammensetzung des Legislativrats der Sonderverwaltungszone Hongkong bereits im Grundgesetz präzise geregelt sei und sich vor